



2017

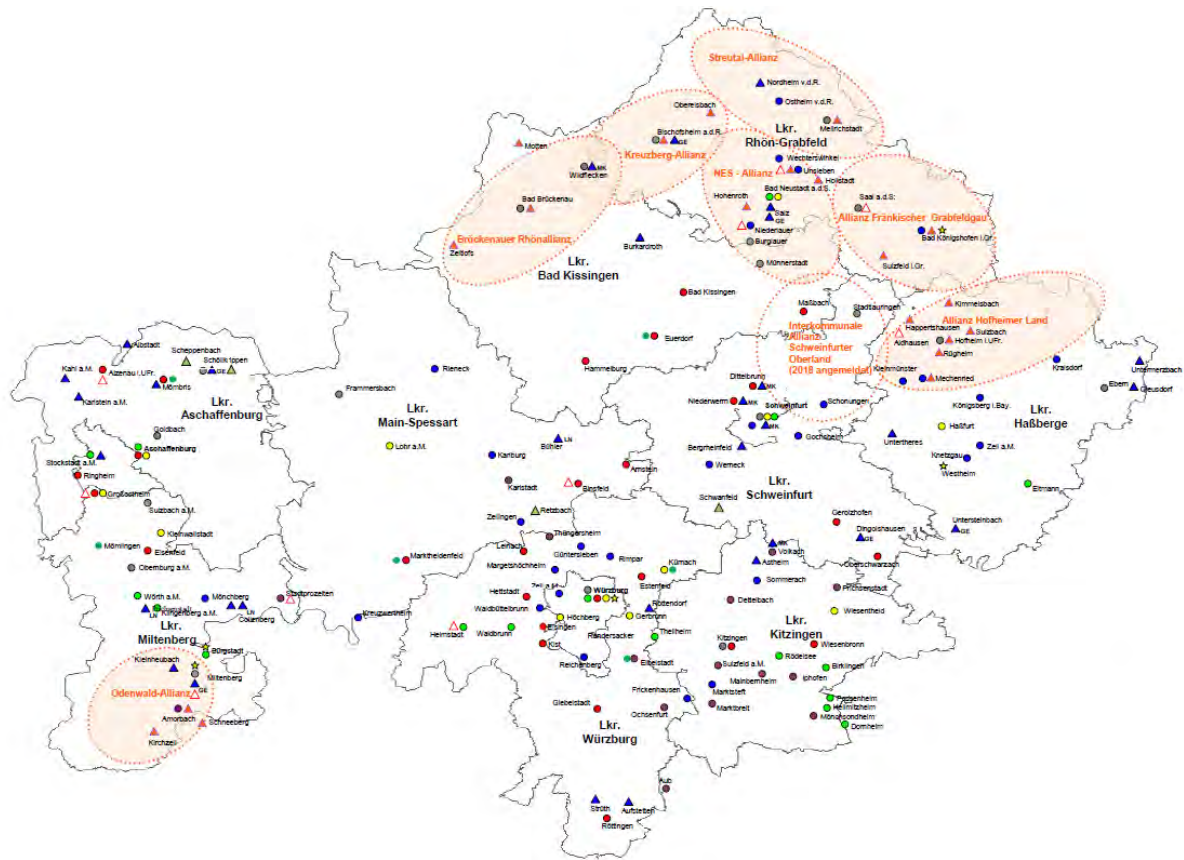


Inhaltsverzeichnis

• Übersicht Städtebauförderungskommunen 2017	4
• Übersicht der Aufgabenschwerpunkte im Jahr 2017	5
• Organigramm Sachgebiet 34 Städtebau	6
• Städtebauförderungsprogramme 2017	7
Förderübersicht Städtebauförderung Unterfranken Programmjahr 2017	8
Entwicklung Anzahl Kommunen / Finanzausstattung in den Programmen	9
• Bayerisches Städtebauförderungsprogramm	10
Gemeinde Knetzgau, Turngarten	12
Markt Maßbach, Entlastungsparkplatz mit Zuwegung Altort	14
Markt Rimpf, Neugestaltung Ortsmitte	16
Bayerisches Städtebauförderungsprogramm - Einzelvorhaben	
Gemeinde Mömlingen, Dorfplatz und Bücherei	18
Stadt Röttingen, Stadtteil Strüth, Sanierung „Alte Schule“ zu Bürgerhaus	20
Stadt Röttingen, Stadtteil Aufstetten, Sanierung Bürgerhaus	22
Bayerisches Sonderprogramm - Militärkonversion	
Stadt Schweinfurt, Machbarkeitsstudie Conn Barracks	24
Bayerisches Sonderprogramm - Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen	
Gemeinde Salz, Gewerbebrache Frankenstraße	26
Bayerische Sondermittel - Leerstand nutzen - Lebensraum schaffen	
Stadt Schweinfurt, Oberndorf	28
Gemeinde Kürnach, Brückentorstraße 14	30
Stadt Iphofen, Stadtteil Hellmitzheim, ehemaliges Jägerhaus	32
• Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm - Soziale Stadt	
Stadt Würzburg Zellerau Grüne Mitte, Klostermauer	34
Stadt Röttingen, Sanierung Marktplatz 7	36
Gemeinde Dittelbrunn, Mehrgenerationenpark	38
Stadt Würzburg Zellerau, Neugestaltung Sieboldpark	40
Stadt Gerolzhofen, Weiße-Turm-Str. 16	42

• Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm - Stadtumbau West	
Markt Frammersbach, Freianlagen	44
Stadt Bischofsheim, Färberzwinger	46
• Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm - Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	
Stadt Bad Neustadt, Brücke zur Altstadt	48
Stadt Bad Neustadt, Barrierefreies Umfeld Stadthalle	50
Stadt Haßfurt, Barrierefreie Altstadt - Konzept und Umsetzung	52
• Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm - Städtebaulicher Denkmalschutz	
Stadt Ochsenfurt, Spielplatz Stadtgraben	54
• Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm - Kleinere Städte und Gemeinden	
Allianz Hofheimer Land, Rügheim, Kommunal Brau- und Backhaus	56
Gemeinde Riedbach, OT Mechenried, Umnutzung ehem. Pfarrhaus zu Mehrgenerationenhaus	58
• Zukunft Stadtgrün	60
• EU Förderung, EFRE- Programm - Förderperiode 2014 - 2020	
Energieeinsparung in öffentlichen Infrastrukturen	62
• 3. Tag der Städtebauförderung	64
• 16. Jahrestagung Städtebauförderung in Miltenberg	66
• Ausstellung Modellvorhaben im Städtebau im Juni im Foyer der RUF	68
• Investitionspakt Soziale Integration	70
• Ablaufplan Bedarfsmitteilung / Zuwendungsantrag	71

Übersicht der Städtebauförderungskommunen in Unterfranken 2017



- | | | |
|---|------|-----------------------------------|
| ● | BL I | Grundprogramm |
| ● | BLS | Soziale Stadt |
| ● | BLU | Stadtumbau West |
| ● | BLZ | Aktive Stadt- und Ortsteilzentren |
| ● | BLD | Städtebauliche Denkmalpflege |
| ★ | EU | EFRE 2014 – 2020 RBW |

- | | | |
|---|-----|--------------------------------|
| ● | BLK | Kleinere Städte und Gemeinden |
| ○ | | Gebiet interkommunale Allianz |
| ▲ | BY | Einzelmaßnahme in Gebiet |
| ▲ | GE | Bayerisches Programm |
| ▲ | MK | Einzelvorhaben |
| | | Sondermittel Gewerbebrachen |
| | | Sondermittel Militärkonversion |

Übersicht der Aufgabenschwerpunkte im Jahr 2017

Der Tätigkeitsbereich des Sachgebietes 34 „Städtebau“ umfasst ein weites Spektrum: Aufgaben des Städtebaus mit der Städtebauförderung, der Bauplanung und Bauordnung mit dem Bereich der Bautechnik sowie der Beratung der Landkreise und Gemeinden bei Fragen der Ortsentwicklung und Bauleitplanung, auch im Sinne des Flächensparens, des demographischen Wandels sowie der Schaffung von Barrierefreiheit. In diesem Spektrum ist das Sachgebiet auch in verschiedenen internen bzw. externen Arbeits- und Lenkungsgruppen vertreten.

Die Städtebauförderung stellt das größte Handlungsfeld dar und dient insbesondere der Stärkung der Innenentwicklung. Auch in diesem Jahr konnten wieder zahlreiche Fördermaßnahmen in Unterfranken vorbereitet, bewilligt, gebaut bzw. abgerechnet werden. Zudem wurde im Jahr 2017 vom Bund zusätzlich noch ein weiteres, neues Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün“ aufgelegt.

Daneben wurden vom Bund im Jahr 2017 im Rahmen des „Investitionspakts Soziale Integration im Quartier“ weitere Fördermittel mit erhöhtem Fördersatz zur Verfügung gestellt. Dabei handelt es sich nicht um ein neues Programm der Städtebauförderung. Das Förderverfahren wird jedoch analog der Bund- Länder- Städtebauförderung vollzogen und vom Sachgebiet 34 auf Grundlage einer gesonderten Verwaltungsvereinbarung nach dem Vorbild des Investitionspakts 2008/2009 abgewickelt.

Weiterhin bestand und besteht die Möglichkeit für Kommunen, unter dem Motto „Leerstand nutzen - Lebensraum schaffen“, über die Städtebauförderung bei der Revitalisierung von leerstehenden Gebäuden mit einem erhöhten Fördersatz unterstützt werden zu können, wenn Wohnraum für einen Zeitraum von sieben Jahren an anerkannte Flüchtlinge vermietet wird. Hierzu wurden zahlreiche Kommunen, auch im Rahmen von Ortsterminen, beraten und die ersten Bewilligungsbescheide erteilt.

Organigramm Sachgebiet 34 Städtebau

Regierung von Unterfranken

Stand 01.02.2018

Leitung des Sachgebiets 34
Manfred Grüner



Vertreter:
Bernhard Wägelein

Stadt WÜ
Lkr: WÜ, MSP
Städtebau
Städtebauförderung



Bernhard Wägelein

Stadt AB
Lkr: AB, KT, MIL
Städtebau
Städtebauförderung
Bauplanung



Daniela Kircher

Stadt SW
Lkr: KG, NES, HAS, SW
Städtebau
Städtebauförderung
Ufr. EFRE 2014-2020



Alexander Zeller

Stadt WÜ
Lkr: WÜ, KG, KT
Verwaltung



Elisabeth Sauer

Stadt AB
Lkr: AB, MIL, MSP
Verwaltung



Alexandra Röder

Stadt SW
Lkr: NES, HAS, SW
Verwaltung



Horst Eichelmann

Verwaltung



Elke Wecklein

Technik



Elisabeth Henke

Technik



Brigitte Werner

Städtebauförderungsprogramme 2017

Die Städtebauförderung, die von unserem Sachgebiet 34 in der Regierung von Unterfranken abgewickelt wird, ist ein Instrument, welches Kommunen bei ihren Bemühungen hinsichtlich der Stadt- und Ortssanierung unterstützt.

Nachdem es bis 2016 bereits 7 Städtebauförderungsprogramme gab (5 Bund-Länderprogramme / Bayerisches Programm / EU/EFRE) wurde im Jahr 2017 vom Bund zusätzlich das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün“ aufgelegt. Für die Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramme standen damit 2017 bundesweit insgesamt 740 Mio. Euro an Bundesmitteln zur Verfügung. Auf Bayern entfielen davon 82,783 Mio. Euro, auf Unterfranken ca. 10,6 Mio. Euro (reine Bundesmittel). Mit Sonderprogrammen und landeseigenen Mitteln standen für Unterfranken 2017 insgesamt gut 31 Mio. Euro an Finanzhilfen zur Verfügung. Mit diesen Mitteln konnten 96 Projekte in 93 Gemeinden (davon 84 neue Projekte) unterstützt werden.

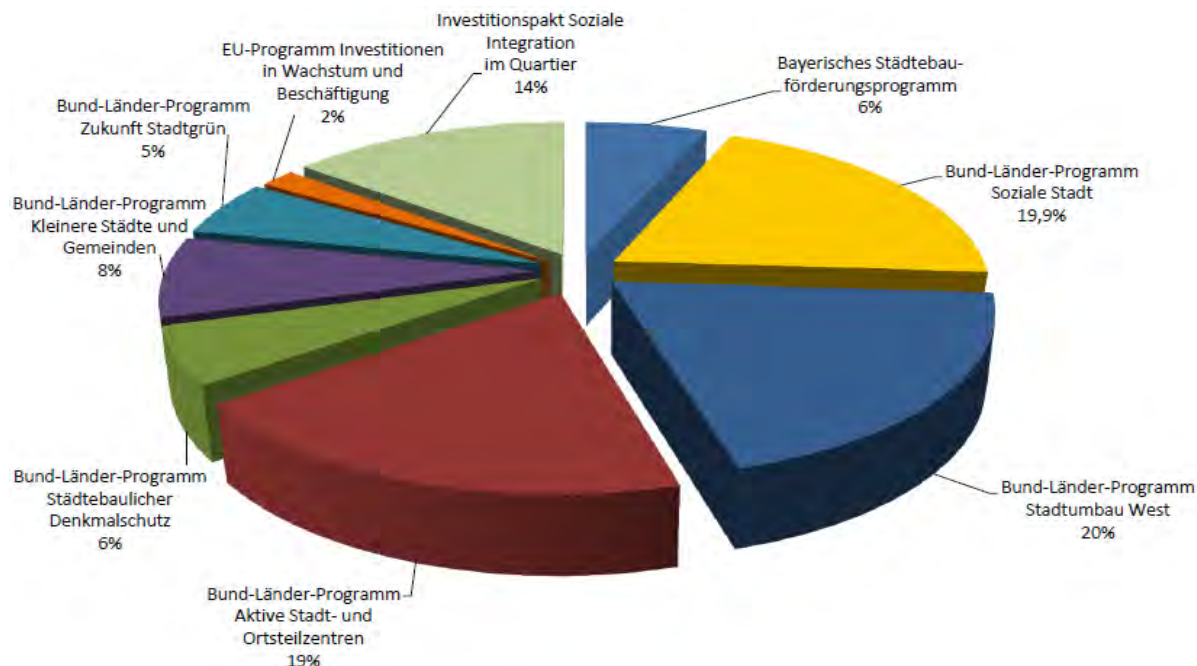
194 Verwendungsnachweise wurden geprüft. Die Abrechnungssumme bei den Gesamtabrechnungen konnte 2017 wieder gesteigert werden. Damit bewegt sich die Abrechnungsquote bei 75,3 % der in Unterfranken bis zum Haushaltsjahr 2012 ausgegebenen Städtebauförderungsmittel.

Jahr	EU / Bund – Mittel	Landesmittel	Kommunale Mittel	Förderfähige Kosten
2014	9.195.000 €	15.930.000 €	14.362.000 €	39.487.000 €
2015	11.974.000 €	18.134.000 €	16.359.000 €	46.467.000 €
2016	12.996.900 €	16.723.300 €	14.279.100 €	43.999.300 €
2017	15.644.500 €	15.484.500 €	14.384.000 €	45.513.000 €

Fachinformationen zur Städtebauförderung in Bayern:

www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung

Förderübersicht Städtebauförderung Unterfranken Programmjahr 2017



Investitionspakt Soziale Integration im Quartier 2017	4.447.000 €
Bayerisches Städtebauförderungsprogramm	1.943.000 €
Bund-Länder-Programm - Soziale Stadt	6.216.000 €
Bund-Länder-Programm - Stadtumbau West	6.121.000 €
Bund-Länder-Programm - Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	6.002.000 €
Bund-Länder-Programm - Städtebaulicher Denkmalschutz	1.762.000 €
Bund-Länder-Programm - Kleinere Städte und Gemeinden	2.483.000 €
Bund-Länder-Programm - Zukunft Stadtgrün	1.736.000 €
EU-Programm Investitionen in Wachstum und Beschäftigung	570.000 €

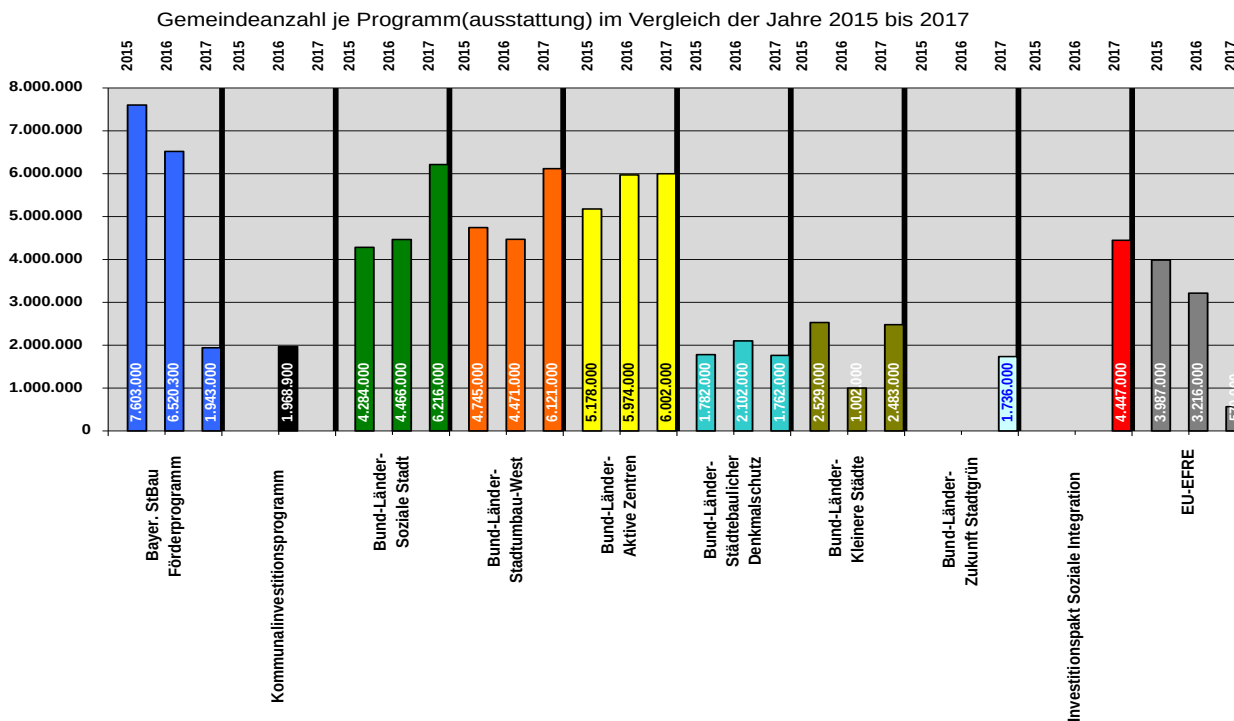
Gesamtfördervolumen 2017

31.280.000 €
(ohne Anteil kommunaler Mittel)

Entwicklung Anzahl Kommunen / Finanzausstattung in den Programmen

Insgesamt standen im Vergleich zum Vorjahr im Jahr 2017 rund 1,5 Mio. Euro mehr Städtebaufördermittel zur Verfügung. Die Aufsplitterung der Förderprogramme zur zielgerichteten Unterstützung der Kommunen ist dabei allerdings nicht immer hilfreich. Wie der unten dargestellten Grafik zu entnehmen ist, schwankt zudem die Finanzausstattung in den einzelnen Programmen von Jahr zu Jahr oft erheblich, was ebenfalls zu Problemen bei der Förderung führt.

Unabhängig davon sieht das Sachgebiet „Städtebau“ der Regierung von Unterfranken es als seine Aufgabe an, die Kommunen im Sinne einer „Förderagentur“ innerhalb dieser Förderprogrammauswahl zu beraten und ggf. auch zu Programmwechseln zu ermutigen, um weiterhin eine möglichst konstante Fortführung von Maßnahmen der Sanierung sichern zu können.



Bayerisches Städtebauförderungsprogramm 2017

Allgemein

Neben den Komplementäranteilen für die verschiedenen Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramme wurden im Jahr 2017 in dem vom Bayerischen Landtag beschlossenen Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr erneut zusätzliche Mittel für ein eigenes „Bayerisches Städtebauförderungsprogramm“ bereitgestellt. Allerdings wurden diese Mittel 2017 deutlich gekürzt, so dass für Unterfranken nur noch ca. 1,3 Mio. Euro zur Verfügung standen, was ca. einem Drittel des Budgets des Vorjahrs entsprach. Dadurch konnten keine neuen Einzelvorhaben, die nur hier gefördert werden können, aufgenommen werden.

Zudem wurden über Landesmittel folgende landesspezifischen Interessen finanziell unterstützt:

Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen

Das Bayerische Sonderprogramm „Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen“ soll dabei unterstützen, brach gefallene Industrie- und Gewerbeflächen städtebaulich wieder aufzubereiten bzw. Nachnutzungen zu erleichtern. Wegen der besonderen strukturellen Herausforderung kann ein erhöhter Fördersatz von 70% bis 80% gewährt werden. Im Jahr 2017 konnten hier zusätzliche Finanzhilfen von 331.500 Euro für Unterfranken gesichert werden.

Militärkonversion

Mit Finanzmitteln aus dem Bayerischen Städtebauförderprogramm unterstützt der Freistaat Bayern seit 2012 speziell die Städte und Gemeinden, die von der letzten Bundeswehrreform sowie den seitdem erfolgten Schließungen von US-Standorten betroffen waren. Wegen der besonderen strukturellen Herausforderung wird ein erhöhter Fördersatz von 80% gewährt. Im Jahr 2017 konnten den in Unterfranken betroffenen Kommunen zusätzliche Finanzhilfen in Höhe von 360.000 Euro für Planungen und bauliche Maßnahmen innerhalb der Militärkonversionsflächen zur Verfügung gestellt werden.

Struktur- und Härtefonds

Die Aufnahme einer Kommune in den Struktur- und Härtefonds ist an objektive Kriterien gebunden und über ein von der Obersten Baubehörde jährlich errechnetem Punktesystem nachvollziehbar geregelt. Die zusätzlichen Mittel für die Härtefallregelung werden aus dem Bayerischen Städtebauförderungsprogramm finanziert und sind für jeden Regierungsbezirk budgetiert. Im Jahr 2017 standen so in Unterfranken zusätzliche Mittel in Höhe von 960.000 Euro zur Verfügung, um bedürftigen Kommunen bei Einzelmaßnahmen einen um 20% erhöhten Fördersatz zu ermöglichen.

Leerstand nutzen – Wohnraum schaffen

Im Rahmen der Städtebauförderung unterstützt der Staat seit 2016 Gemeinden unter dem Motto „Leerstand nutzen – Lebensraum schaffen“ bei der Sanierung von leerstehenden Gebäuden im Ortskern, wenn diese anschließend für mindestens sieben Jahre anerkannten Flüchtlingen als Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Mit einem Fördersatz von 90% der förderfähigen Kosten ist der finanzielle Beitrag des Staates dazu außerordentlich hoch.

Die Regierung von Unterfranken, Sachgebiet 34, konnte in diesem Programm bisher 7 Projekte in 6 Kommunen mit insgesamt 15 Wohneinheiten in Höhe von insgesamt gut 3,18 Mio. Euro bewilligen. Drei Projekte konnten zwischenzeitlich fertiggestellt und damit vier Wohnungen von anerkannten Flüchtlingsfamilien bezogen werden.

Zudem wurden 2017 für weitere 5 Projekte mit 13 Wohneinheiten zusätzliche Mittel in Höhe von ca. 1 Mio. Euro angefordert und zugeteilt. Hierdurch kann die Sanierung von insgesamt weiteren 13 Wohneinheiten in leerstehenden Gebäuden unterstützt werden.

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm Gemeinde Knetzgau - Umgestaltung des Turngartens

Die Umgestaltung des Turngartens wurde durch eine öffentliche Planer-Werkstatt mit drei Architekturbüros und intensiver Bürgerbeteiligung vorbereitet. Eine Schwierigkeit bestand darin, das denkmalgeschützte Kriegerdenkmal zu Ehren der Opfer des Ersten Weltkrieges als nutzbares Element in die Parkanlage zu integrieren und dennoch würdevoll und mit dem nötigen Respekt zu behandeln.

Im Ergebnis konnte eine qualitativ hochwertige Lösung für die städtebauliche und gestalterische Aufwertung für den Bereich des Turngartens gefunden werden. Die umlaufenden Sitzstufen laden zum Verweilen ein und vermitteln so zwischen Kriegerdenkmal und Parkfläche, so dass der Turngarten wieder zu einem attraktiven Rückzugsort im Zentrum von Knetzgau geworden ist. Zusätzlich wurde neben der Gestaltung der Freiflächen auch die notwendige Infrastruktur geschaffen, um den Turngarten auch für die unterschiedlichsten Veranstaltungen und Feste nutzen zu können. Die Maßnahme wurde am 22. September 2017 feierlich eingeweiht.

Von den veranschlagten Gesamtkosten in Höhe von 1.219.800 Euro wurden 1.075.100 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und bei einem Fördersatz von 60% eine Zuwendung in Höhe von insgesamt 645.100 Euro bewilligt.



Foto © Büro Kaiser + Juritza



Foto © Matthias Braun



Foto © Büro Kaiser + Juritza

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm

Markt Maßbach - Entlastungsparkplatz mit Zugang Lauer und Zuwegung Altort

Am 09. September wurde am östlichen Ortsrand, nördlich der Lauer, eine Parkfläche zur Entlastung des Altortes vom ruhenden Verkehr mit Zuwegung zum Altort, begleitet mit einem „Gatschke Turnier“, feierlich eingeweiht. Die direkt an der Lauer liegende Fläche fügt sich sensibel in die Uferlandschaft ein. Zudem erfuhr der Bereich am Gewässer eine ökologische Aufwertung. Durch einen neu geschaffenen Zugang kann man dem Wasser jetzt ganz nahe kommen, Sitzstufen laden zum Aufenthalt ein und verbinden den öffentlichen Grünraum mit dem Gewässer. Ein attraktiver Fußweg durch die angrenzenden Grünanlagen verbindet den neuen Parkplatz mit dem Ortszentrum. Der gesamte Bereich hat deutlich an Aufenthaltsqualität gewonnen und wird nun als Naherholungsfläche für Alt und Jung genutzt.

Bei Gesamtkosten von rund 500.000 Euro konnten zuwendungsfähige Kosten von 463.000 Euro errechnet und ein erhöhter Zuschuss mit einem Fördersatz von 80 % in Höhe von 370.400 Euro gewährt werden.



Fotos © Markt Maßbach



Foto © Markt Maßbach

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm Markt Rimpar - Neugestaltung Ortsmitte 1. BA „Platz der Partnerschaften“

Der Markt Rimpar wird seit einigen Jahren über die Städtebauförderung intensiv dabei unterstützt, seinen Altortbereich gestalterisch und funktional aufzuwerten. Nach der Sanierung der ehemaligen Knabenschule, die nun Räumlichkeiten für Aktivitäten der Bürger und verschiedener Vereine bietet, stand zur Schaffung einer „identitätsstiftenden Ortsmitte“ die Gestaltung einer neuen Platzfläche zwischen „Alter Knabenschule“ und „Altem Rathaus“ zur Diskussion – eine Diskussion, die durchaus kontrovers geführt wurde. Erst über einen kooperativen Architekten-workshop, unter intensiver Beteiligung der Bevölkerung, konnte letztendlich ein gemeinschaftlich getragenes Konzept für eine „Neue Ortsmitte“ von Rimpar erarbeitet werden, das nun in mehreren Bauabschnitten umgesetzt wird. Der 1. Bauabschnitt umfasste die Schaffung eines zentralen Platzes im Bereich des ehemaligen Hofgartens sowie einen Zugang zur angrenzenden Pleichach. Der „Platz der Partnerschaften“ wurde gemeinsam mit Gästen aus der bretonischen Partnerstadt Languidic im Juli 2017 feierlich eingeweiht.

Für diese Maßnahme konnten bei veranschlagten Gesamtkosten in Höhe von 1.834.500 Euro 1.168.700 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und dem Markt bei einem Fördersatz von 60% eine Zuwendung in Höhe von 701.000 Euro bewilligt werden.



Einweihung „Platz der Partnerschaften“



Fotos © Markt Rimpar



Blick über den neu gestalteten Platz auf die sanierte ehemalige Knabenschule

Foto © Büro Kaiser+Juritza

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm - Einzelvorhaben Gemeinde Mömlingen - Neugestaltung Dorfplatz mit Bücherei

Der neue Dorfplatz von Mömlingen befindet sich in zentraler, aber ruhiger Lage. Er wird vom Rathaus, der Pfarrkirche Corpus Domini und der barocken Pfarrkirche St Martin eingerahmt. Nach Ordnungsmaßnahmen konnte der gesamte Bereich neu strukturiert werden und steht nun als öffentlicher Platz den Bürgern von Mömlingen zur Verfügung. Mit Wasserspielen und einer Bühne mit mobiler Überdachung lädt er zum Aufenthalt ein und bietet Möglichkeiten für kulturelle Veranstaltungen im Freien.

Von der Kommune konnte zudem ein angrenzendes Anwesen erworben und in die Maßnahme integriert werden. Dieser ehemalige Gewerbebetrieb wurde als Bücherei umgenutzt. Sie orientiert sich direkt zum neu gestalteten Dorfplatz und wird von der Bevölkerung gerne angenommen. Dadurch wird auch der soziale Zusammenhalt im Dorf gestärkt.

Von veranschlagten Gesamtkosten in der Höhe von 1.776.000 Euro konnten für den Dorfplatz und die Bücherei 1.385.000 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und Zuwendungen in Höhe von 831.000 Euro bewilligt werden.



Bücherei



Bühne



Veranstaltung Afrika goes Mömlingen



Abendstimmung

Fotos © Gemeinde Mömlingen

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm - Einzelvorhaben Stadt Röttingen, Stadtteil Strüth - Sanierung der „Alten Schule“ zum Bürgerhaus

In der Ortsmitte von Strüth, einem Stadtteil von Röttingen, mit derzeit 97 Einwohnern, stand das um 1880 erbaute „Alte Schulhaus“ seit Jahren leer. Es gab bereits Ideen dieses ortsbildprägende und ortshistorisch bedeutende Gebäude abzureißen und durch einen kostengünstigen Zweckneubau als Bürgerhaus zu ersetzen.

Durch die finanzielle Unterstützung als Einzelvorhaben im Bayerischen Städtebauförderungsprogramm gelang es, die Sanierung für die Stadt Röttingen wirtschaftlich tragbar zu machen und die „Alte Schule“ zu einem modernen Bürgerhaus umzunutzen. Seit der Einweihung am 30. April 2017 stehen in Strüth moderne Räumlichkeiten für die örtlichen Vereine und ein Versammlungsraum für Zusammenkünfte, Feste usw. zur Verfügung. Räume im Erdgeschoss sind barrierefrei erreichbar. Mit der Sanierung der „Alten Schule“ zum neuen Bürgerhaus wird ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen, auch sozialen Stärkung des Stadtteils geleistet und die Identität der Ortsmitte von Strüth erhalten.

Die veranschlagten Gesamtkosten der Maßnahme betrugen 575.900 Euro. Davon konnten 480.000 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und der Gemeinde für die Maßnahme Zuwendungen in Höhe von insgesamt 288.000 Euro bewilligt werden.



Einweihungsfeier mit Ehrengästen



Impressionen Innenraum „Alte Schule“



Fotos © Harald Thomas

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm - Einzelvorhaben Stadt Röttingen, Stadtteil Aufstetten - Sanierung Bürgerhaus

Das Bürgerhaus in Aufstetten ist ein weiterer Beleg und ein wesentlicher Baustein im Bemühen der Stadt, die Ortsmitten ihrer Stadtteile aufzuwerten und damit die Attraktivität zu steigern, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und das bürgerliche Engagement zu unterstützen.

Den Bürgern von Aufstetten werden zukünftig, neben einem Bürgersaal im Erdgeschoss, auch für die Jugend und die örtlichen Vereine je ein Raum im Obergeschoss zur Verfügung stehen. Dabei wurde hier, wie auch bereits in Strüth, Wert darauf gelegt, dass im Sinne der Inklusion, die Erdgeschossbereiche des Bürgerhauses barrierefrei erreichbar sind.

Für die Maßnahme die mit Gesamtkosten in Höhe von 590.400 Euro veranschlagt war, konnten 492.000 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und der Stadt Röttingen bei einem Fördersatz von 60% ein Zuschuss in Höhe von 295.200 Euro bewilligt werden.



Ehrengäste bei der Einweihung am 22. Juli 2017



Fotos © Stadt Röttingen

Bayerisches Sonderprogramm - Militärkonversion Stadt Schweinfurt - Machbarkeitsstudie „Conn Barracks“

Die „Conn Barracks“ nordwestlich von Schweinfurt liegen mit dem überwiegenden Teil von ca. 167 Hektar auf dem Gemeindegebiet von Geldersheim. Zusammen mit dem sogenannten Motorpool östlich der B 303, liegen etwa 33 Hektar im Gemeindegebiet von Niederwerrn. Ein Teil von rund einem Hektar gehört zum Stadtgebiet von Schweinfurt.

Aufgrund seiner peripheren Lage und der verkehrsgünstigen Anbindung mit direktem Anschluss an die B 303 und die A 71, auch die A 70 befindet sich lediglich zwei Kilometer entfernt, hat das Konversionsgutachten aus dem Jahr 2013 eine Nachnutzung der über 200 ha großen Conn Barracks als überregionalen Industrie- und Logistikpark für das Kasernen- und Flugplatzgelände empfohlen.

Um diese Planungen weiter zu konkretisieren, haben sich die drei Gebietskörperschaften Schweinfurt, Geldersheim und Niederwerrn zu einem Zweckverband zusammengeschlossen und gemeinsam mit dem Konversionsmanagement am Landratsamt Schweinfurt eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Hierin sollte geklärt werden, ob das Areal als Industrie- und Gewerbepark mit mindestens 100 ha Nettofläche auch unter den einschränkenden Randbedingungen, wie die zukünftige Bauleitplanung der angrenzenden Gemeinden, den Flüchtlingsunterkünften sowie dem Naturschutz, etc. möglich und wirtschaftlich umsetzbar ist.

Der Abschlussbericht der Machbarkeitsstudie wurde am 16. November 2017 in der Kreisausschusssitzung vorgestellt.

Die Gesamtkosten in Höhe von 99.700 Euro konnten als zuwendungsfähig anerkannt werden, so dass bei einem erhöhten Fördersatz von 80 % insgesamt 75.210 Euro zur Finanzierung der Studie bewilligt werden konnten.



Untersuchungsgebiet Machbarkeitsstudie © Kling Consult



Gewerbliche Großlösung - Vorschlag Konversionsgutachten © 2013 BulwienGesa AG



Nachnutzbare Feuerwache



Clubhaus Conn Club



Schießstand umgeben von Biotopen



Mannschaftsunterkungsgebäude



Ausbaufähige Bahnverladeeinrichtung



Ehemalige Flugzeughalle

Fotodokumentation Konversionsgutachten © 2013 BulwienGesa AG

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen Gemeinde Salz - Revitalisierung der Gewerbebrache Frankenstraße

In prominenter Lage am Ortseingang von Salz zeigte sich dem Vorbeifahrenden über rund 25 Jahren die Gewerbebrache eines 13.621 m² großen ehemaligen Sägewerks mit Parkettfabrik. Durch den Erwerb im Jahr 2015 hatte die Gemeinde nun die Möglichkeit, die nicht mehr genutzten baulichen Anlagen zu beseitigen und das Grundstück einer neuen Nutzung zuzuführen.

Ein neues Gerätehaus der gemeindlichen Freiwilligen Feuerwehr sowie die Atemschutz-Übungsstrecke der Kreisfeuerwehr waren bereits im Vorfeld feststehende Bestandteile des Nutzungskonzepts für dieses Areal. Um darüber hinaus einen angemessenen städtebaulichen Übergang zwischen der angrenzenden Wohnbebauung und dem Gewerbegebiet mit lockerer Baustruktur zu schaffen, wurden in einer öffentlichen Architektenwerkstatt weitere Ideen für die zukünftige Entwicklung erarbeitet. Der Siegerentwurf wurde schließlich zu einer fundierten Rahmenplanung als Grundlage für den folgenden Bebauungsplan für das zukünftige Quartier „Am Fronhof“ vertieft.

Insgesamt konnten für die Architektenwerkstatt, den Rahmenplan und den Rückbau der Gebäude Fördermittel mit einem erhöhten Fördersatz von 70% der zuwendungsfähigen Kosten in Aussicht gestellt werden.



Vor dem Abbruch



Nach dem Abbruch Fotos © Gemeinde Salz

**Bayerisches Städtebauförderungsprogramm Initiative
„Leerstand nutzen - Lebensraum schaffen“
Stadt Schweinfurt - Stadtteil Oberndorf**

Das Wohnhaus Hauptstraße 36 im Zentrum Oberndorfs ist Teil einer charakteristischen Hofanlage entlang der Ortsdurchfahrt. Im Zusammenhang mit der Neugestaltung der „Oberndorfer Mitte“ sieht ein hierfür erstelltes Gesamtkonzept für dieses landwirtschaftliche Anwesen die Einrichtung von Studentenappartements und Geschosswohnungen im ehemaligen Wirtschaftsgebäude vor. Der Innenhof soll als zentraler Treffpunkt gestaltet werden.

Zur Schaffung von Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge wurde nun das aus den 50er Jahren stammende Hauptgebäude saniert. Hier entstanden zwei Dreizimmerwohnungen mit separatem Eingang und einem Freisitz. Durch eine kleine Rampe ist die Erdgeschosswohnung zudem barrierefrei erschlossen.

In direkter Nähe befindet sich das Bürgerhaus. Dadurch haben neue Bewohner in Oberndorf die Chance schnell Anschluss zu finden und sich zu integrieren.

Im Beisein von Herrn Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer wurde die Maßnahme am 06. November 2017 feierlich eingeweiht.

Die Maßnahme konnte bei Gesamtkosten in Höhe von 289.000 Euro mit einem erhöhten Fördersatz von 90 % und förderfähigen Kosten von 220.000 Euro mit 198.000 Euro bezuschusst werden.



Vorher



Fotos © architektur + ingenieurbüro perleth



Fotos © Sandra Bernadett Grätsch, Schweinfurter Nachrichten



nachher

Foto © RUF

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm
Initiative „Leerstand nutzen - Lebensraum schaffen“
Gemeinde Kürnach - Brückentorstraße 14

Als besonders gut gelungenes Beispiel im Rahmen von „Leerstand nutzen – Lebensraum schaffen“ ist das Projekt „Brückentorstraße 14“ der Gemeinde Kürnach hervorzuheben. Dort konnte ein seit Jahren leerstehendes, ortstypisches kleines Arbeiterhaus, von denen es im Dorf nur noch fünf gibt, wieder revitalisiert werden. Bei den Entkernungsarbeiten, die von ehrenamtlichen Helfern in Eigenleistung über eine Initiative „Kürnach baut ein Haus“ ausgeführt wurden, halfen im „Kürnacher Bauteam“ neben Bürgern samt Bürgermeister auch Asylbewerber, die zu der damaligen Zeit in der Turnhalle von Kürnach untergebracht waren. Im Juni 2017 konnte das kleine Haus von einer jungen Familie aus Afghanistan bezogen werden. Für den sozialen Zusammenhalt, die neue Nachbarschaft und die Integration im Ort bietet dieses Projekt hervorragende Voraussetzungen.

Die veranschlagten Gesamtkosten der Maßnahmen betrugen 320.900 Euro. Bei zuwendungsfähigen Kosten von 220.000 Euro konnte ein Zuschuss in Höhe von 198.000 Euro bewilligt werden. Dies entspricht einem erhöhten Fördersatz von 90%.



Das Anwesen „Brückentorstraße“ vor...



während...



... und nach der Sanierung von außen...



... von innen



... beim Einzug Fotos © Kürnach

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm
Initiative „Leerstand nutzen - Lebensraum schaffen“
Stadt Iphofen, Stadtteil Hellmitzheim - Sportplatzstrasse 5, ehem. Jägerhaus

Das ehemalige Jägerhaus, ein denkmalgeschütztes Gebäude im Ortskern von Hellmitzheim, stand seit Jahren leer und war baulich bereits in einem so schlechten Zustand, dass ohne Sanierung der Einsturz drohte. Der Ruf nach dem Abbruch des Gebäudes wurde immer lauter. Dies hätte jedoch zum Verlust eines markanten, städtebaulich prägenden Anwesens geführt.

Bereits bei der Bescheidübergabe im Juli 2016 erläuterte Herr Staatssekretär Gerhard Eck die hier entstandene „win-win“-Situation: Dank der erhöhten Förderung wurde eine für die Kommune vertretbare wirtschaftliche Gebäudesanierung ermöglicht, der langfristige Leerstand eines Baudenkmals beseitigt und somit der Ortskern von Hellmitzheim aufgewertet und gleichzeitig dringend benötigter Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge geschaffen.

Da die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen für größere Flüchtlingsfamilien besonders hoch war, entschied man sich, das „ehemalige Jägerhaus“ als Einfamilienhaus mit insgesamt 115 m² Wohnfläche zu sanieren. Zudem bietet der ländliche Raum und gerade der Stadtteil Hellmitzheim gute Voraussetzungen, eine anerkannte Flüchtlingsfamilie in die Dorfgemeinschaft zu integrieren.

Im Juli 2017 konnte das ehemalige Jägerhaus dann von einer sechsköpfigen afghanischen Familie bezogen werden.

Die veranschlagten Gesamtkosten der Maßnahmen betrugen 578.900 Euro. Bei zuwendungsfähigen Kosten von 500.000 Euro konnte ein Zuschuss in Höhe von 450.000 Euro bewilligt werden. Dies entspricht einem erhöhten Fördersatz von 90%.



Das ehemalige „Jägerhaus“ vor ...



... während....



... und nach der Sanierung...



... beim Einzug

Fotos © Stadt Iphofen

Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm - Soziale Stadt Stadt Würzburg - Freianlage Grüne Mitte Zellerau, Bauabschnitt Klostermauer

Die Schaffung einer neuen „Grünen Mitte“, d. h. einer attraktiven, durchgängigen Grünverbindung zwischen Frankfurter Straße und Mainau, war ein wesentliches städtebauliches Sanierungsziel im Würzburger Stadtteil Zellerau.

In mehreren Bauabschnitten konnte in den vergangenen Jahren diese wichtige Grün- und Fußgängerverbindung Stück für Stück realisiert werden.

Mit der nun fertig gestellten Wegführung entlang der Klostermauer des Exerzitienhauses Himmelsporten gelang der direkte Lückenschluss zwischen Mainaustraße und Mainau. Geschwungene Wege verlaufen zwischen sanften Auffüllungen, die die Parkanlage beleben und strukturieren. Durch die Verwendung von gleichen Gestaltungselementen wie bei vorherigen Bauabschnitten und die Fortführung des Pflanzthemas entstand ein einheitliches Gestaltungsbild im gesamten Grünzug. Wie im Bauabschnitt entlang der Feuerwehrscheule wurden die Verweilbereiche mit Fittesselementen für Jung und Alt ausgestattet, die z. T. auch für Rollstuhlfahrer geeignet sind.

Die Maßnahme wurde am 21. September 2017 feierlich eingeweiht.

Die veranschlagten Gesamtkosten der Maßnahmen betrugen 430.000 Euro. Davon konnten 390.500 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und der Stadt für die Maßnahme Zuwendungen in Höhe von 234.200 Euro bewilligt werden.



Einweihungsfeier



Fotos © Stadt Würzburg

Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm - Soziale Stadt Stadt Röttingen - Sanierung Marktplatz 7

Bereits im Jahr 2003 hatte die Stadt Röttingen das Anwesen „Marktplatz 7“ gekauft, um für das denkmalgeschützte Anwesen aus dem 17. Jahrhundert eine Nutzung zu sichern, die dessen besonderer städtebaulichen und baukünstlerischen Bedeutung gerecht wird. Eine gastronomische Nutzung war von Anfang an favorisiert worden.

Die Suche nach privaten Investoren für diese Nutzung blieb trotz intensiver Bemühungen über Jahre hinweg erfolglos. Das Problem war nicht der Verkaufspreis, sondern der zunehmend schlechter werdende bauliche Zustand und die dadurch zu erwartenden hohen Sanierungskosten. Zudem werden von den Banken gastronomische Nutzungen mit einer hohen Risikoeinschätzung bewertet, woran Kreditaufnahmen und damit die Finanzierung solcher Maßnahmen oft scheitern.

Deshalb beschloss der Stadtrat, die Sanierung des Anwesens selbst in die Hand zu nehmen, um diesen Missstand zu beseitigen und einen Beitrag zur Belebung des neugestalteten Marktplatzes zu leisten. Nach zweijähriger Bauzeit beherbergt das Anwesen seit der feierlichen Eröffnung am 15. September 2017 nun das Restaurant und Café „Bürgerstube“. Dies lädt Bewohner und Besucher zum Verweilen in die Innenstadt ein - nicht zuletzt auch wegen der geplanten Außenbewirtung.

Die berechneten Kosten für die umfassende Sanierung lagen 2014 bei rund 1,1 Mio. Euro. Seit dem offiziellen Spatenstich am 10. Mai 2015 erhöhten sich die Kosten noch, weil weitere Schäden erst während der Bauphase sichtbar wurden und die technischen Anforderungen an den Gastronomiebetrieb gestiegen waren.

Insgesamt konnte das Projekt über die Städtebauförderung, die Landesstiftung und die Deutsche Stiftung Denkmalschutz mit insgesamt 628.000 Euro unterstützt werden.



Einweihungsfeier

Fotos © Stadt Röttingen

Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm - Soziale Stadt Gemeinde Dittelbrunn - Mehrgenerationenpark

Mit dem Abzug der US-amerikanischen Streitkräfte aus der Stadt Schweinfurt stand auch die Nachbargemeinde Dittelbrunn vor neuen Herausforderungen, zumal der Brönnhof und ein Großteil der sogenannten Heeresstraße auf deren Gemarkung liegen. Über das Bayerische Sonderprogramm „Militärkonversion“ wurde zunächst die Erarbeitung eines „Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes“ (ISEK) finanziell unterstützt. Dieses bildete die Grundlage für die Aufnahme in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“.

Als Impulsprojekt wurde im ISEK von den Bürgerinnen und Bürgern die Aufwertung und Ausbau des bestehenden Spielplatzes am nördlichen Ortseingang gefordert. Mit der Errichtung des Mehrgenerationenparks wurde dieses Ziel nun umgesetzt und eine attraktive Grün- und Erholungsanlage in direkter Nähe zum Altort geschaffen. Eingeteilt in drei Abschnitte - „Bleibe fit-Parcours“, „Aktiv-Parcours“, „Kleine Entdecker“ - bietet der Park ein vielfältiges Angebot für alle Generationen. Kernstück des Entwurfes ist eine naturnahe Gestaltung entlang des Marienbaches, der zudem auf einem Teilstück renaturiert wurde. Die Maßnahme wurde am 02. September 2017 feierlich eingeweiht.

Die veranschlagten Gesamtkosten der Maßnahmen betrugen 251.900 Euro. Davon konnten 226.000 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und der Gemeinde Dittelbrunn Zuwendungen in Höhe von insgesamt 135.600 Euro bewilligt werden.





Fotos © architektur + ingenieurbüro perleth

Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm - Soziale Stadt Stadt Würzburg, Zellerau - Umgestaltung der historischen Parkanlage „Sieboldpark“

Mit der Umgestaltung der historischen Parkanlage im Bereich des Bürgerbräuareals konnte der sogenannte Sieboldpark für die Öffentlichkeit reaktiviert werden.

Es wurde eine attraktive, durchgängige und qualitätsvolle Freianlage geschaffen, die den Stadtteil Zellerau mit dem angrenzenden Areal „Zeller Waldspitze“ verbindet - ein weiterer wichtiger Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des Stadtteils. Der neu gestaltete Sieboldpark wurde am 09. Dezember 2017 feierlich eingeweiht.

Bei veranschlagten Gesamtkosten in Höhe von 232.700 Euro konnten 232.500 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und der Stadt für diese Maßnahme Zuwendungen in Höhe von 139.600 Euro bewilligt werden.





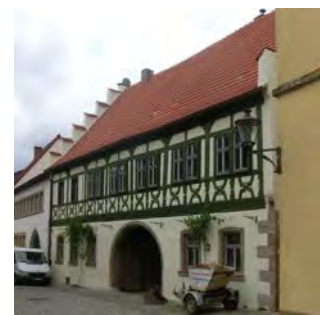
Fotos © Stadt Würzburg

Bund- Länder- Programm - Soziale Stadt Stadt Gerolzhofen - Privatmodernisierung Weiße-Turm-Straße 16

Mit der Sanierung des ehemaligen Stiftshofes "Weiße-Turm-Straße 16" aus dem 17. Jahrhundert konnte ein herausragendes Baudenkmal im Stadtkern von Gerolzhofen sensibel saniert und an die heutigen Wohnanforderungen angepasst werden. Im Zuge der Modernisierung wurden die ehemals vier kleinteiligen Wohnungen zu drei Wohneinheiten, zwei im Erdgeschoss und eine großzügige Wohnung im Obergeschoss, zusammengefasst. Durch den hochwertigen Ausbau ist nicht nur zeitgemäßer Wohnraum, sondern auch ein weiterer Baustein zur nachhaltigen Belebung der historischen Innenstadt Gerolzhofens entstanden.

Bei der Sanierung des zweigeschossigen Gebäudes mit seinem imposanten Fachwerkobergeschoss und Stufengiebeln wurde sowohl in der Planung als auch bei den späteren Bauarbeiten großer Wert auf eine denkmalgerechte Ausführung gelegt und der originäre Charakter des Gebäudes herausgearbeitet. So erhielt die stark überformte Fensterfront zur Straßenseite wieder ihren ursprünglichen Ausdruck und konnte zudem in enger Abstimmung mit der Denkmalpflege auf einen neuzeitlichen Energiestandard gebracht werden. Im Innenhof kommt der rückwärtige Treppenturm mit Haubendach, nach dem Rückbau einer neuzeitlichen Ergänzung, wieder zu voller Geltung.

Von den veranschlagten Gesamtkosten in Höhe von 813.000 Euro konnten von der Städtebauförderung 50.000 Euro als zuwendungsfähig anerkannt werden.





Fotos © buchholz+platzöder architekten und ingenieure

Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm - Stadtumbau West Markt Frammersbach - Freianlagen

Der Markt Frammersbach hatte für den Bereich der Gewerbebrache „Wiedekindareal“, sowie für das südlich angrenzende Gelände hinter dem Rathaus, im Jahre 2010 einen Ideenwettbewerb für ein Handels-, Dienstleistungs-, Freizeit- und Senioren- Zentrum durchgeführt. Ziel war, das ehemalige Fabrikgelände wieder zu nutzen, zu beleben und über eine attraktive Freiflächengestaltung mit dem Ort zu verbinden. Auf der Grundlage des städtebaulichen Konzeptes des 1. Preisträgers des Ideenwettbewerbs erfolgte nach dem Rückbau der ehemaligen Fabrikgebäude die Neubebauung bzw. Neugestaltung der Freiflächen.

Neben der Umgestaltung des öffentlichen Park- und Festplatzes mit Bushaltestelle hinter dem Rathaus und der Neugestaltung der notwendigen öffentlichen Straßenflächen entstand entlang des Gewässers „Lohr“ eine Grünanlage mit Kinderspielplatz, Spiel-, Begegnungs-, Verweil- und Ruhezonen. Durch Veränderungen am Ufer ist die „Lohr“ nun wieder zugänglich und erlebbar. Über einen neuen Fußgängersteg wird nun auch der Mühlenweg an das Gelände und die Ortsmitte angebunden.

Die feierliche Einweihung der neu gestalteten Flächen fand am 22. Oktober 2017 statt.

Bei veranschlagten Gesamtkosten in Höhe von 4.236.900 Euro konnten 2.800.000 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und dem Markt Frammersbach Zuwendungen in Höhe von insgesamt 1.680.000 Euro bewilligt werden.



Städtebauliches Konzept



Parkflächen und Festplatz



Grünflächen mit Spiel- und Begegnungsbereichen entlang der Lohr

Fotos © Büro arc. grün

Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm - Stadtumbau West

Stadt Bischofsheim - Neugestaltung Färberzwinger, Ausbau des Mühlgrabens

Im Zuge der Altstadtsanierung sollte, aufbauend auf einem Gesamtkonzept, im Südwesten der Altstadt der Gerber- und Färberzwinger neu geordnet werden. Als erster Bauabschnitt wurde die Neugestaltung der Gassen im Färberzwinger durchgeführt.

Mit der Aufwertung des öffentlichen Raumes in dem historischen Handwerkerviertel werden die Besonderheiten dieses kleinteiligen Quartiers, wie die Stadtmauer oder der Grüngürtel um die Altstadt, herausgestellt und neue attraktive Freiflächen geschaffen, die das Stadtbild und das Wohnumfeld nachhaltig stärken. Zentraler Baustein der Maßnahme ist die Reaktivierung des Mühlgrabens mit zahlreichen kleinen Brücken, was dem Viertel seine besondere Atmosphäre verleiht. In diesem Bereich wird derzeit auch die ehemalige Braunszmühle saniert. Sie soll zukünftig den südöstlichen Eingang zum Färberzwinger mit hochwertiger Gastronomie beleben. Am 13. Mai 2017, am Tag der Städtebauförderung, wurden die Maßnahmen im öffentlichen Raum feierlich eingeweiht.

Die veranschlagten Gesamtkosten der Maßnahme betrugen 1.188.500 Euro. Davon konnten 688.900 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und der Gemeinde Zuwendungen in Höhe von insgesamt 413.200 Euro bewilligt werden.





Fotos © Stadt Bischofsheim

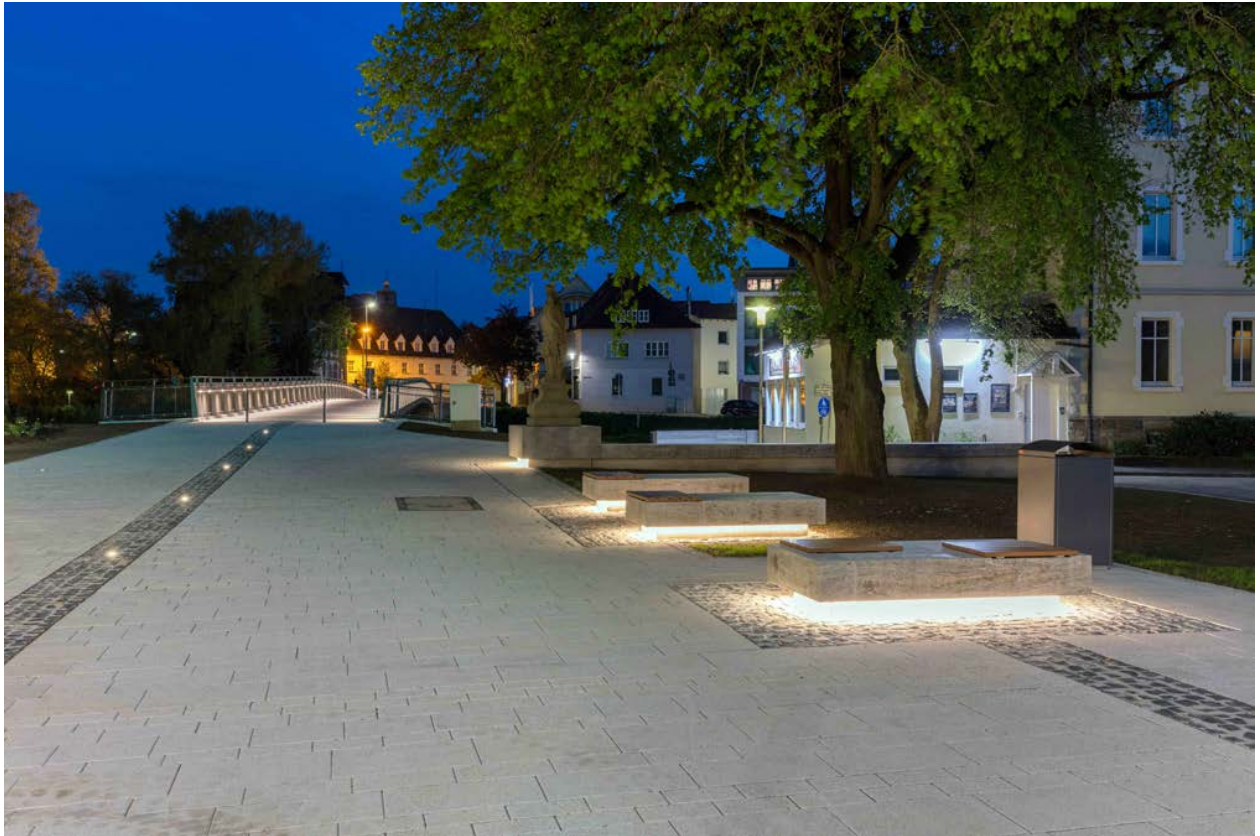
Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm
Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
Stadt Bad Neustadt an der Saale - „Brücke zur Altstadt“

Basierend auf ihrem integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept verfolgt die Stadt Bad Neustadt an der Saale seit Jahren konsequent das Ziel, zwischen der Altstadt, den nördlich angrenzenden Einzelhandelsbetrieben an der Meininger Straße und dem Bahnhof eine attraktive Verbindung zu schaffen – also eine „Brücke zur Altstadt“ zu schlagen. Einen wesentlichen Bestandteil hierzu stellt tatsächlich auch eine neue Fußgängerbrücke über die Brend dar, die diese Verbindung deutlich verkürzt und dank ihrer Großzügigkeit und gelungenen Gestaltung zum Flanieren einlädt.

Gemeinsam mit den neu geschaffenen, attraktiven Platzsituationen und der transparent gestalteten Bushaltestelle, strahlt der nördliche Stadteingang nun ein modernes Flair aus - zusätzlich in Szene gesetzt durch ein gelungenes Lichtkonzept. Die Maßnahme wurde am „Tag der Städtebauförderung“ am 21. Mai 2016 unter großer öffentlicher Beteiligung feierlich eingeweiht.

Bei veranschlagten Gesamtkosten der Maßnahme in Höhe von 3.460.000 Euro betragen die zuwendungsfähigen Kosten insgesamt 3.295.000 Euro. Die Gesamthöhe der Zuwendungen beträgt bei erhöhtem Fördersatz von 80% 2.635.200 Euro.





Fotos © Architekten Franke + Messmer

Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm
Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
Stadt Bad Neustadt an der Saale - Barrierefreies Umfeld Stadthalle

Seit 2009 wurde in der Stadt Bad Neustadt intensiv diskutiert, ob eine Generalsanierung der im Jahr 1956 errichteten Stadthalle oder ein Neubau erfolgen sollte. Nach gründlichen Voruntersuchungen, auch unter Beteiligung der Bürgerschaft, fiel die Entscheidung dann für einen Neubau an gleicher Stelle.

Mit der neuen Stadthalle direkt gegenüber dem historischen „Hohntor“ konnte der Eingang zur Altstadt deutlich aufgewertet und die soziale und kulturelle Infrastruktur gestärkt werden. Durch das gestalterisch überzeugend und barrierefrei ausgebaute Umfeld wird die städtebauliche Bedeutung des zentralen Veranstaltungsorts unterstrichen und eine gelungene Anbindung an den Stadtkern erreicht. Die Stadthalle mit ihrem attraktiven Umfeld leistet so einen wichtigen Beitrag zur Belebung der Altstadt.

Die große öffentliche Teilnahme am Tag der feierlichen Einweihung am 20. Februar 2017 verdeutlichte dies.

Für die gestalterische Aufwertung und barrierefreie Erschließung des Umfelds der neuen Stadthalle konnten bei veranschlagten Gesamtkosten in Höhe von 1.102.700 Euro 609.000 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und 365.400 Euro als reiner Zuschuss bewilligt werden.





Fotos © Michael Miltzow

Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm
Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
Stadt Haßfurt - Barrierefreie Altstadt - Konzept und Umsetzung

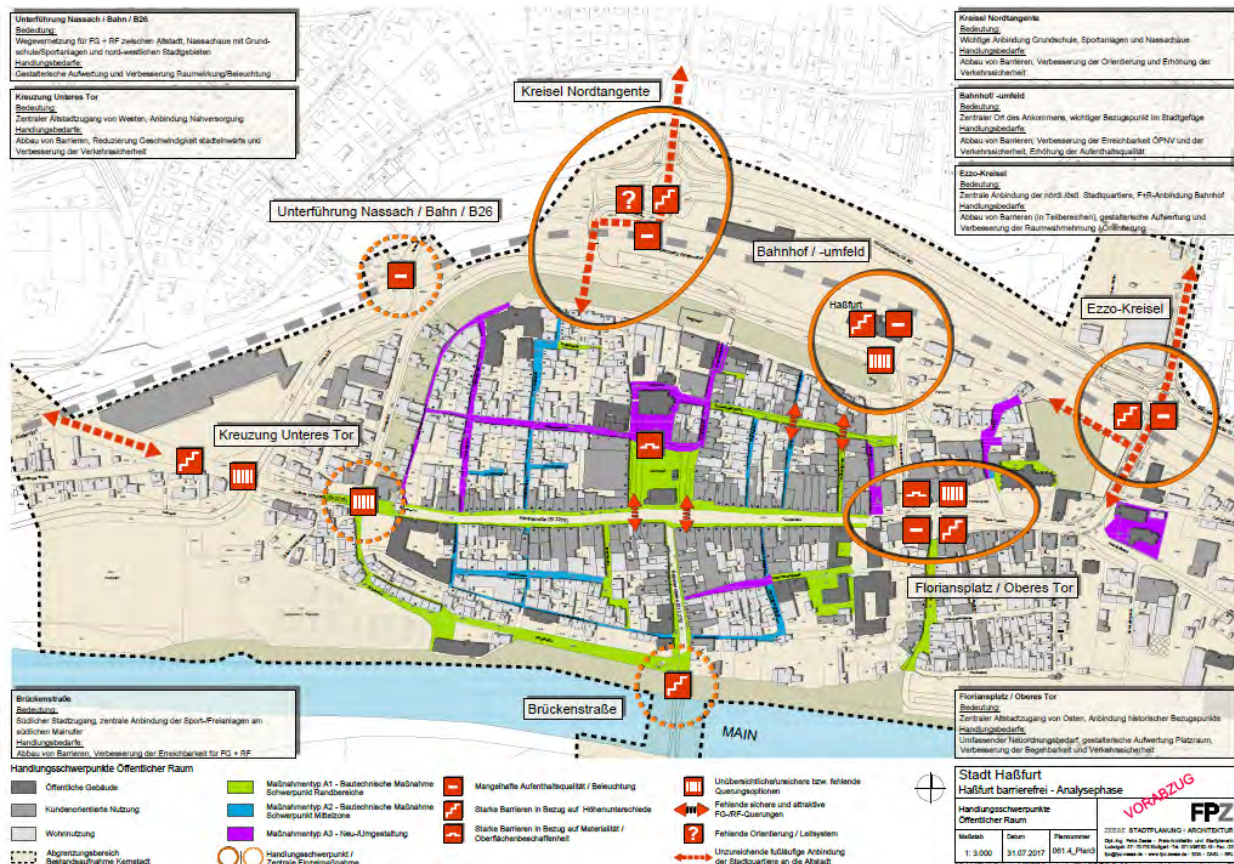
Um sich der Schaffung von Barrierefreiheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe fundiert und planvoll zu nähern, hat die Stadt Haßfurt mit der Funktion als Arbeits-, Verwaltungs- und Versorgungszentrum ein Gesamtkonzept zur barrierefreien Gestaltung seiner Altstadt erarbeitet.

Vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen wurde besonders der öffentliche Raum, die Infrastruktur im Bereich des ÖPNV, sowie die Zugänglichkeit und Auffindbarkeit der öffentlichen Gebäude und der privaten, kundenorientierten Einrichtungen auf ihre Barrierefreiheit hin untersucht.

Als besondere Herausforderung haben sich der unter Ensembleschutz stehende charakteristische Stadtgrundriss und die damit einher gehende große Zahl historischer Bausubstanz gezeigt. Vor allem aber der öffentliche Raum mit seinen vielfältigen Funktionen, als Aufenthalts- und Begegnungsort, aber auch als Verkehrsraum soll so gestaltet sein, dass allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von Lebensalter oder körperlicher Beeinträchtigung eine möglichst barrierefreie Mobilität und damit selbstbestimmte Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ermöglicht wird. Ziel ist es, diese Räume besonders in ihren Oberflächen und Ausstattungselementen sowie mit einem durchdachten Lichtkonzept so zu gestalten, dass sie für alle Personengruppen problemlos nutzbar sind und gleichzeitig eine optische Aufwertung im Einklang mit der historischen Umgebung erreicht wird.

Auf diesem schlüssigen Gesamtkonzept basierend, konnten nun daraus resultierende Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden. Die Umsetzung kann demnach zielführend im Zuge anstehender Sanierungsmaßnahmen koordiniert und schrittweise erfolgen.

Die veranschlagten Gesamtkosten der Maßnahme betrugen 24.000 Euro. Davon konnten 17.900 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und der Stadt Haßfurt Zuwendungen in Höhe von insgesamt 10.600 Euro bewilligt werden.



Plan „Handlungsschwerpunkte -Öffentlicher Raum“ © FPZ Zeese Stadtplanung + Architektur

Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm - Städtebaulicher Denkmalschutz Stadt Ochsenfurt - Neugestaltung westlicher Stadtgraben mit Spielplatz

Der bestehende Spielplatz im westlichen Stadtgraben war in die Jahre gekommen, kaum mehr nutzbar gewesen und sollte erneuert werden. Die Neugestaltung dieses Bereichs, am „Entrée“ zur Altstadt, war für die Stadt Ochsenfurt von großer städtebaulicher Bedeutung.

Ziel der Maßnahme war sowohl, durch eine attraktive und freundliche Gestaltung des Spielplatzes und der Sitzbereiche, als auch durch eine klare und direkte Führung des Wegeverlaufs, den Stadtgraben insgesamt zu beleben, in seiner Erlebbarkeit zu stärken und in seiner Funktion als Spiel-, Spazier- und Aufenthaltsbereich aufzuwerten. Zunächst wurden hierzu im Rahmen eines Workshops mit Kindergarten- und Grundschulkindern die Wünsche und Ansprüche der hauptsächlichen Nutzer analysiert und dann auf dieser Grundlage ein Konzept erarbeitet. So sollten Spielbereiche für die unterschiedlichen Altersgruppen vorgesehen werden. Im Ergebnis teilt sich das Spielgelände heute in einen Bereich für Kleinkinder und in eine Kletterlandschaft für die Größeren. Davon, dass die Umsetzung in einem Rekord-tempo von nur zwei Monaten reiner Bauzeit gelungen ist, konnten sich die Besucher und vor allem die zahlreichen Kinder bei der Einweihung am 09. August 2017 selbst überzeugen.

Für die Maßnahme wurden bei veranschlagten Gesamtkosten in Höhe von 234.000 Euro 135.800 Euro an reinen Zuwendungen bewilligt.





Fotos © Büro arc.grün

**Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm
Kleinere Städte und Gemeinden
Rügheim - Sanierung und Umnutzung des "Kommunal Brau- und Backhauses"**

Bereits im 17. Jahrhundert wurde im ehemaligen Kommunalbrauhaus, das ein erhaltenes Nebengebäude einer früheren Schlossanlage ist, im Hofheimer Stadtteil Rügheim Bier gebraut. Diese Tradition sollte wiederbelebt und das leer stehende, denkmalgeschützte Gebäude zu diesem Zweck in seiner ursprünglichen Funktion genutzt und als Zentrum sämtlicher Kommunalbrauhäuser im Landkreis Haßberge etabliert werden. Da die ortsansässigen Bäcker noch auf traditionelle Art und Weise backen und ihr Wissen gerne weitergeben, ist das Thema Backen ebenfalls in das Nutzungsprogramm integriert worden. Hierzu gründete sich 2014 der Brau- und Backverein Rügheim mit dem Ziel, dieses Gebäude zu sanieren und für die Dorfgemeinschaft zu nutzen.

Das "Kommunal Brau- und Backhaus" steht nach der Sanierung für unterschiedlichste kulturelle Veranstaltungen im Ort zur Verfügung. Durch das wieder aufleben lassen der Brau- und Backkultur und die gleichzeitige Revitalisierung eines ortsbildprägenden Leerstands, wird den Zielen der Gemeindeallianz Hofheimer Land in doppelter Weise entsprochen.

Von den geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 183.000 Euro wurden insgesamt 175.000 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und der Stadt Hofheim Zuwendungen in Höhe von 140.000 Euro bewilligt.



Vor der Sanierung



© Brauverein Hofheimer Land e.V.



Nach der Sanierung © Gemeinde-Allianz „Hofheimer Land e.V.“

Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm

Kleinere Städte und Gemeinden

Gemeinde Riedbach, OT Mechenried - Sanierung ehem. Pfarrhauses zu MGH

Mit dem Umbau des denkmalgeschützten ehemaligen Pfarrhauses von Mechenried zu einem Mehrgenerationenhaus sollte ein gemeinsamer Treffpunkt für die Dorfgemeinschaft im Ortskern entstehen. Noch während der Planungsphase wurde der Neubau des örtlichen Kindergartens in unmittelbarer Nähe notwendig. Durch Anpassungen und Umlanungen konnte erreicht werden, dass dieser Kindergarten an das bestehende ehemalige Pfarrhaus „angedockt“ wurde. Hierdurch ergeben sich zahlreiche Synergien wie ein gemeinsamer Eingangsbereich, eine gemeinsame Küche, gemeinsame Toilettenanlage und eine gemeinsame Heizzentrale, sowie ein Aufzug zur barrierefreien Erschließung aller Geschosse. Dies ermöglicht einen deutlich wirtschaftlicheren Betrieb beider Einrichtungen. Ergänzend konnten Räume für die wöchentlichen ärztlichen Sprechstunden eingerichtet werden, so dass durch die Kombination der unterschiedlichen Nutzungen ein vielfältiges Zentrum zur Sicherung der Daseinsvorsorge für Mechenried geschaffen wurde.

Die Maßnahme wurde am 09. Dezember 2017 feierlich eingeweiht.

Von den geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 964.800 Euro wurden insgesamt 670.000 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und der Gemeinde Riedbach bei einem erhöhten Fördersatz von 80% 536.000 Euro an Zuwendung bewilligt.



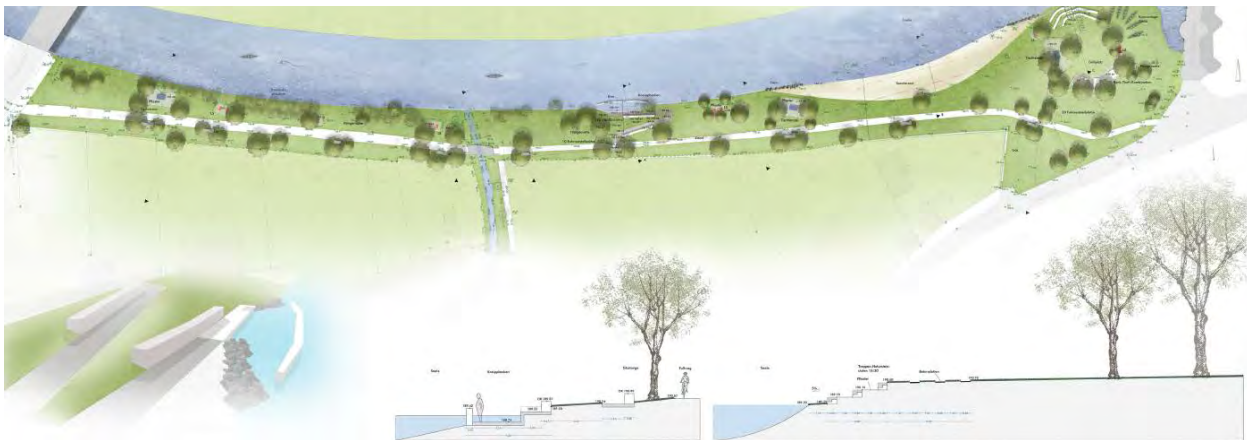


Fotos © Gemeinde-Allianz „Hofheimer Land e.V

Bund- Länder- Städtebauförderungsprogramm Zukunft Stadtgrün

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hatte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 10. November 2016 das neue Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün“ beschlossen und hierfür bundesweit 45 Mio. Euro bereitgestellt. Für Unterfranken bedeutete dies zusätzlich ca. 1,7 Mio. Euro an Finanzhilfen (Bund + Land). Die Fördermittel können insbesondere für die Aufwertung und Qualifizierung des öffentlichen Raumes, des Wohnumfeldes, sowie für die Herstellung multifunktionaler Grün- und Freiflächen, für Bau- und Ordnungsmaßnahmen auf Grundstücken mit leerstehenden, bzw. fehl- oder mindergenutzten Gebäuden zur Nachnutzung durch Grün- und Freiflächen und zur Herstellung von Barrierearmut bzw. -freiheit eingesetzt werden. In diesem neuen Programm konnten in Unterfranken 2017 Maßnahmen in den folgenden sechs Kommunen berücksichtigt werden:

Euerdorf: Neugestaltung der Saalewiesen, Mömbris: Kahlterrassen, Eibelstadt: Um- und Neugestaltung Mainlände, Kürnach: Grünverbindungen mit Generationenpark an der Kürnach, Marktheidenfeld: Neugestaltung Mainufer, Werneck: Neugestaltung Umfeld Bürgerhaus mit Ordnungsmaßnahmen.



Euerdorf Saalewiesen Planung

© Büro arc grün

**Förderperiode 2014 - 2020 des Europäischen Fonds für
regionale Entwicklung (EFRE)
Energieeinsparung in öffentlichen Infrastrukturen**



Im Bereich öffentlicher Infrastrukturen und dem Gebäudebestand der Kommunen liegen besonders hohe Einspar- und Entwicklungspotenziale. Aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes und der Endlichkeit fossiler Energieressourcen müssen auch Wege zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Energieversorgung gefunden werden. Gerade öffentliche Infrastrukturen weisen ein besonders hohes Potenzial für Energieeinsparungen und für die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen auf.

Die Europäische Union und der Freistaat Bayern fördern deshalb im Rahmen des Operationellen EFRE-Programms auch „Maßnahmen zur Energieeinsparung in öffentlichen Infrastrukturen“. Kommunen können hieraus Unterstützung bei der Erhöhung der Energieeffizienz, dem verstärkten Einsatz regenerativer Energieträger sowie beim Einsatz neuer Techniken erhalten.

Ziel der Förderung ist es, den Energiebedarf zu reduzieren, Energie rationeller zu verwenden und verstärkt erneuerbare Energien zu nutzen. Im Rahmen des Operationellen EFRE-Programms 2014 - 2020 erfolgte im Jahr 2015 der erste Aufruf an die bayerischen Kommunen, sich mit entsprechenden Maßnahmen um eine Förderung zu bewerben. Von den vier eingegangenen Bewerbungen wurden nach fachtechnischer Prüfung durch ein externes Ingenieurbüro drei Maßnahmen in Unterfranken ausgewählt. Von diesen konnten schließlich zwei, in Aschaffenburg und Iphofen, jeweils mit regenerativ betriebenen Nahwärmenetzen zur Versorgung innerstädtischer Bereiche weiterverfolgt und zum Teil bereits umgesetzt werden.

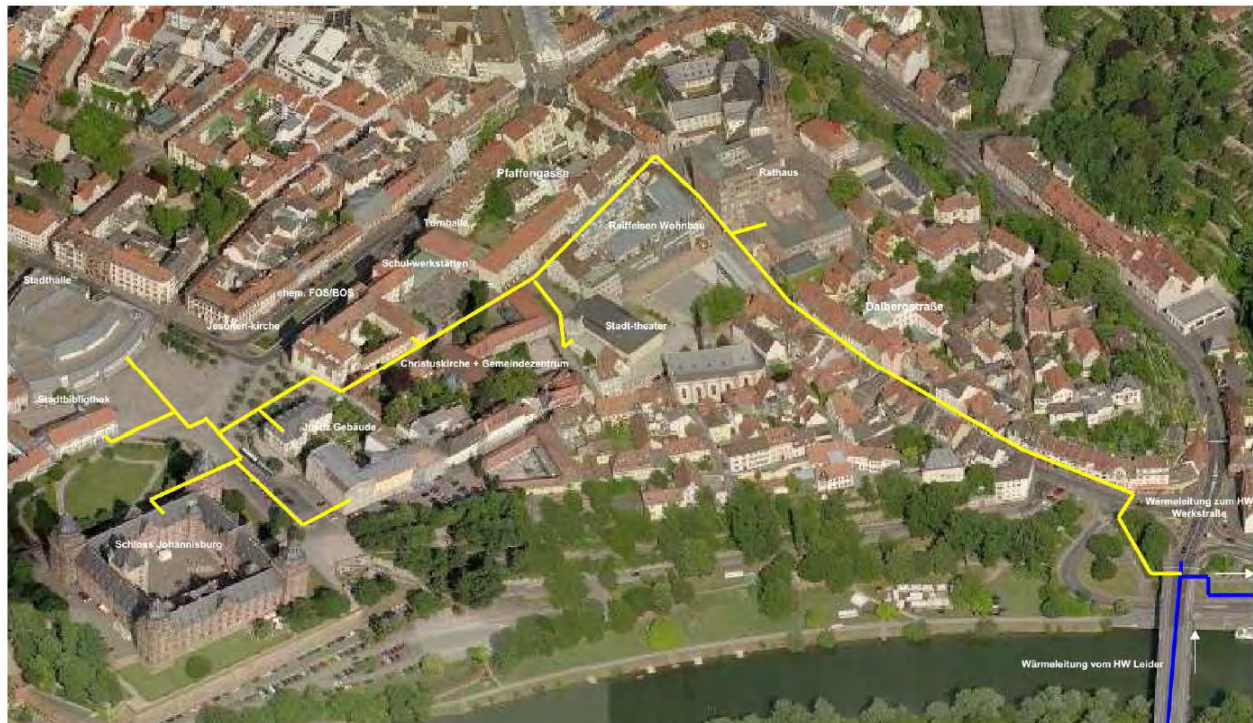
Dem zweiten Aufruf 2017 folgten bayernweit 32 Bewerbungen. Von den zwei unterfränkischen Interessensbekundungen wurde die Gemeinde Schonungen mit dem kommunalen Nahwärmenetz "An der Tann" zur Versorgung des gesamten Schul- und Sportkomplexes mit örtlich produziertem, regenerativem Waldrestholz ausgewählt.



Nahwärmenetz Iphofen © Stadt Iphofen



Nahwärmenetz „An der Tann“ Schonungen
© Gemeinde Schonungen



Wärmeversorgung der Oberstadt von Aschaffenburg © Stadt Aschaffenburg

3. Tag der Städtebauförderung am 13. Mai 2017

Der Tag der Städtebauförderung ist eine Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und den beiden kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag und Deutscher Städte- und Gemeindebund. Ziel ist es, die Bürgerbeteiligung in der Städtebauförderung zu stärken und die Erfolge der Städtebauförderung noch deutlicher zu machen.

Am 13. Mai 2017 fand zum dritten Mal der Tag der Städtebauförderung statt. Von Ausstellungen, Vorträgen, Stadtrundgängen, Baustellen- und Objektbesichtigungen, begleitet durch Plakate, Flyer oder Broschüren, bis hin zu Spatenstichen bzw. Einweihungen sanierter Gebäude oder Freiräume reichten die Angebote.

So konnten sich in diesem Jahr beispielsweise die Bürgerinnen und Bürger sowie zahlreiche Gäste an diesem Tag bei der Einweihung der „Brücke zur Altstadt“ in Bad Neustadt a.d. Saale bzw. nach der Neugestaltung des „Färberviertels“ in Bischofsheim a.d. Rhön sowie bei weiteren Führungen und Besichtigungen von öffentlichen und privaten Maßnahmen in Ebern, Thüngersheim und Kürnach und einem Spatenstich in Miltenberg über anstehende und abgeschlossene Städtebauförderungsmaßnahmen informieren.

Natürlich ist die Teilnahme am „Tag der Städtebauförderung“ für die Förderkommunen nicht verpflichtend, aber sinnvoll und wünschenswert. Alle interessierten Kommunen sind herzlich eingeladen, am nächsten „Tag der Städtebauförderung“ teilzunehmen, der am 5. Mai 2018 stattfindet.

Impressionen von Aktionen am „Tag der Städtebauförderung 2017“ in Unterfranken



© Stadt Ebern



© Stadt Bad Neustadt a.d.S.



© Gemeinde Kürnach



© Stadt Ebern



© Stadt Miltenberg

Bad Neustadt a.d. Saale

Bischofsheim a.d. Rhön

Bundorf

Ebern

Gerbrunn

Gerolzhofen

Kürnach

Miltenberg

Schweinfurt

Thüngersheim

Würzburg

Die 16. Jahrestagung Städtebauförderung in Miltenberg wurde unter das Motto

**STADT AM FLUSS
LAND IM FLUSS**

gestellt. In diesem Sinne wurden Chancen und Gefahren der Lage einer Kommune an einem Gewässer thematisiert und im übertragenen Sinne auch die sich wandelnden Herausforderungen an Kommunen im ländlichen Raum.

Viele Siedlungsentwicklungen stehen seit Jahrhunderten in einem steten Spannungsfeld zwischen Nutzen und Gefahr eines durchfließenden Gewässers.

Ob sich spiegelnde Postkartenmotive an Flüssen oder rauschende Bäche - in jedem Fall identitätsstiftend für Einheimische und Touristen. Andererseits zeigten die Starkregenfälle, verbunden mit Sturzfluten und Hochwasserereignissen, im Frühjahr 2013 bzw. im Jahr 2016, wieder die möglichen dramatischen Auswirkungen solcher Lagen auf. Nicht zuletzt deshalb muss dieses Thema wieder verstärkt in den Fokus gerückt werden.

Auch wenn sich die Bevölkerungszahlen in unterfränkischen Kommunen erfreulicherweise positiver entwickeln als zunächst vorausberechnet, beschäftigt uns die demografische Entwicklung, insbesondere in ländlichen Räumen, weiter. Das betrifft auch Leerstände in Ortskernen.

Hier gilt es, interkommunale Anpassungsstrategien zu entwickeln und daraus Konzepte bzw. innovative Projekte abzuleiten. Im Rahmen der Tagung wurden diese Themen im Sinne der Stärkung unserer Stadt- und Ortszentren anhand von Beispielen verdeutlicht.

In Miltenberg konnten am 04. Juli 2017 rund 200 Vertreterinnen und Vertreter unterfränkischer Kommunen und deren Planer begrüßt werden. Ein herzliches Dankeschön für die gute Organisation und die eindrucksvollen Exkursionen auf und am Wasser an die Stadt Miltenberg, insbesondere Herrn 1. Bürgermeister Demel, Herrn Stadtbau-
meister Schöpf und Herrn Lorenz.



Fotos © RUF

Ausstellung „Modellvorhaben im Städtebau“ im Juni 2017 im Foyer der Regierung von Unterfranken

Das Foyer der Regierung von Unterfranken bot im Juni 2017 Raum für die Ausstellung mit dem Titel „Modellvorhaben im Städtebau“. Eine Schau der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Inneren, für Bau und Verkehr.

In dieser Ausstellung wurde die Bandbreite von Planungsaufgaben und projektbezogenen Herangehensweisen aufgezeigt und erläutert. Kommunen, Planer und interessierte Bürgerinnen und Bürger sollen ermutigt werden, bei den vielfältigen Planungs- und Umstrukturierungsprozessen nachhaltige und qualitätsvolle Lösungsansätze zu finden.

Hintergrund sind die in den letzten Jahren deutlich geänderten Anforderungen an die Siedlungspolitik. Dadurch haben sich die Rahmenbedingungen beim Planen und Bauen geändert.

Mit guten Konzepten können entscheidende Weichen für das Stadt- und Ortsbild, sowie für zukünftige Siedlungsstrukturen gestellt werden. Es kann auf eine sich wandelnde Gesellschaft reagiert werden.

Themen sind unter anderen Energieeffizienz, flächensparende und verkehrsvermeidende Siedlungskonzepte, aber auch Konzepte für die kommunale Zusammenarbeit.

Gezeigt wurden mit Planungszuschüssen geförderte Projekte im Städtebau der letzten Jahre. Mit dabei waren folgende Projekte aus Unterfranken:

- Interkommunales Einzelhandelsentwicklungskonzept Stadt Aschaffenburg und Stadtumland
- Rahmenplan “Neues Leben auf alten Gleisen“, Heigenbrücken
- Interkommunales Entwicklungskonzept Gerbrunn, Randersacker, Rottendorf und Theilheim



Foto © RUF

Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“



Im Jahr 2017 standen in Bayern erstmals rund 34,2 Millionen Euro des Bundes und des Freistaates Bayern im Rahmen des Investitionspakts „Soziale Integration im Quartier“ zur Verfügung. Der Anteil für Unterfranken betrug 4,4 Millionen Euro an Zuschüssen. Dies entsprach bei dem vorgesehenen Fördersatz von 90% förderfähige Kosten einer Höhe von ca. 4,94 Mio. Euro.

Der „Investitionspakt Soziale Integration“ ist kein neues Programm der Städtebauförderung, erfolgt allerdings nach dem Förderverfahren analog der Bundes-Länder-Städte-bauförderung und ist vom Sachgebiet 34 nach dem Vorbild des Investitionspakts 2008/2009 im Rahmen einer gesonderten Verwaltungsvereinbarung abzuwickeln. Ziel der Förderung ist die Stärkung der sozialen Integration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den Städten und Gemeinden, um allen Bevölkerungsgruppen die Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen zu können. Dieses Programm ist nicht speziell auf die Integration für Flüchtlinge ausgerichtet.

Mit einer Pressemitteilung von Herrn Innen- und Bauminister Joachim Herrmann vom 21. Februar 2017 wurden interessierte Kommunen aufgefordert, hierzu ihre Bedarfsmittelungen mit entsprechenden Unterlagen bei den Sachgebieten 34 in den Regierungen bis zum 21. April 2017 einzureichen. Projekte für 2017 wurden vom Sachgebiet bis zum 05. Mai 2017 an die Oberste Baubehörde gemeldet. Insgesamt konnten sechs Maßnahmen in unterfränkischen Kommunen berücksichtigt werden.

Sollte dieses Programm, wie vom Bund angekündigt, in den nächsten Jahren fortgeführt werden, könnte die Anzahl der Bewerbungen das zur Verfügung stehende Budget deutlich übersteigen. Zudem ist die Förderung von Großprojekten dadurch erschwert, dass keine Finanzierungsabschnitte über Jahre hinweg gebildet werden können.

Ablaufplanung Bedarfsmitteilung / Zuwendungsantrag

Die Politik fordert von der Verwaltung und den Kommunen den zielgerichteten und zeitnahen, konjunkturwirksamen Einsatz der vom Bundes- bzw. Landtag zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel. Um den effektiven Einsatz der Städtebauförderungsmittel in Unterfranken gewährleisten zu können, wurde, wie in der Grafik dargestellt, eine Ablaufplanung zwischen den Kommunen und der Förderstelle vereinbart, die feste Terminsetzungen vorsieht. Wichtig hierbei ist, dass bei den jährlichen Bedarfsmitteilungen nur realistische Projekte angemeldet werden, welche auch im nächsten Jahr umgesetzt werden können. Dies ist notwendig, um nicht weitere Bewilligungs- bzw. Auszahlungsreste anzuhäufen, die für die Politik wiederum den Rückschluss zulassen könnten, dass die Fördermittel überhaupt nicht gebraucht werden.

Juli		Vorbesprechung Bedarfsmitteilung mit Kommunen / Präsentation realistischer Projekte		K O M M U N E
August			Zügige Projektentwicklung der vorbesprochenen Maßnahme(n)	
September			realistische Bedarfsmitteilung mit aussagekräftiger Begleitinformation	
Oktober		1. November = späteste Abgabe Bedarfsmitteilung		
November		„baureife“ Maßnahmen, konkrete Pläne mit Kostenschätzung und Projektablaufstruktur		
Dezember		Aufstellung Jahresprogramm	Zügige Vorlage des vollständigen Zuwendungsantrags auf Grundlage der Formblätter und Checklisten mit Gemeinde-/ Stadtratsbeschluss	
		Projektauswahl nach „Ranking“		
Januar		Meldung an die OBB	Ausführungsplanung / Vorbereitung der Ausschreibung	
		Benachrichtigung der Kommune		
Februar		Prüfung vorliegender Zuwendungsanträge	Möglicher Baubeginn	
März		ggf. Zustimmung zum Maßnahmebeginn		
April	R	Mitteilung Programmfreigabe von Bund/ Land		
Mai	U	Bewilligung der Zuwendungsanträge		
Juni	F	Städtebauförderungstagung = Monitoring		
		1. Juli = späteste Vorlage Zuwendungsantrag		

Impressum

Herausgeber: Sachgebiet 34
Regierung von Unterfranken Peterplatz 9
97070 Würzburg
Telefon: 0931/380-00
Fax: 0931/380-2222
E-Mail: poststelle@reg-ufr.bayern.de
Internet: <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de>

Text und Layout: Sachgebiet 34
Bilder: siehe Bildnachweise

Stand: März 2018

© Regierung von Unterfranken, alle Rechte vorbehalten



**STÄDTEBAU-
FÖRDERUNG**

von Bund, Ländern und
Gemeinden

Bayern.
Die Zukunft.